

Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	9/2019
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	24.09.2019
Zeit:	19:00 Uhr – 20:35 Uhr
Ort:	Ratssaal
Vorsitz:	Bürgermeister Volk (außer bei TOP 7) Stellv. Bürgermeister Katzenstein (für TOP 7)
Mitglieder anwesend:	<u>FW</u> Stadträtin Stephanie Streib, Stadträte Rehberger, KH Streib, Dr. Rothe, Fritsch und Wachert <u>Grüne</u> Stadträtinnen Dr. Welter, Schlüchtermann, Groesser, Weber, Geißler; Stadträte Katzenstein und Konrad, <u>CDU</u> Stadträtinnen von Reumont und Oppelt, Stadträte Rupp und Wagner, <u>SPD</u> Stadträtinnen Linier und Oehne-Marquard, Stadträte Schimpf, Hertel, Keller und Bergsträsser <u>Linke</u> Stadtrat La Licata
weiter anwesend:	Herr Möhrle (FB 3)
Mitglieder entschuldigt:	Stadträtin Harant, Stadträte Bernauer und Scholl
Urkundspersonen:	Stadträte Wachert und Katzenstein
Sachvortrag:	
Schriftführerin:	Frau Polte

Bürgerfragestunde

Eine Kleingemünder Bürgerin beschwert sich über die Wildschweinplage in Kleingemünd, insbesondere am Naturschutzgebiet. Der Bürgermeister antwortet, die Stadt sei in Kontakt mit dem Regierungspräsidium Karlsruhe (RP). Bei Einrichtung des Naturschutzgebietes habe Dr. Aly von der Naturschutzbehörde zugesagt, dass das RP die Pflege übernehmen werde. Dies finde offensichtlich nicht statt, und die Wildschweine finden in den ungeschnitten wuchernden Brombeerhecken gut Unterschlupf. Die Stadt arbeite daran, dass die Zusagen eingehalten werden. Problematisch sei auch, dass viele Radfahrer und Jogger / Fußgänger das Naturschutzgebiet auf den ausgewiesenen Wegen durchqueren, auch nachts, und die Jäger daher schlecht schießen könnten.

1: **Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 8/2019 vom 23.07.2019**

1.1: **Sachvortrag:**

Das Protokoll liegt den Stadträten im Wortlaut vor.

1.2: **Beratung:**

Stadtrat Katzenstein beantragt die Änderung der Formulierung „Gemeinderäte“ in „Stadträte“, sowie die Änderung seines Redebeitrages auf S. 15, von „spricht sich ähnlich aus“ in „widerspricht Stadtrat Bernauer und Stadträtin von Reumont“.

Stadtrat Konrad möchte die Antwort von Herrn Dr. Scheffczyk auf S. 17 bei der Frage nach den Lebenszykluskosten eingefügt haben: „Herr Dr. Scheffczyk antwortet, eine Prüfung der Lebenszykluskosten sei nicht erfolgt“.

1.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt das Protokoll zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit Einarbeitung der genannten Änderungen. Das Protokoll wird der heute anwesenden Urkundsperson, Stadträtin Streib, unterzeichnet. Die Unterschrift der für heute entschuldigten Urkundsperson, Stadträtin Harant, ist noch einzuholen.

2: **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung Nr. 7/2019 vom 23.07.2019 gefassten Beschlüsse**

2.1: **Sachvortrag:**

Die Tischvorlage des FB1 – Öffentlichkeitsarbeit/Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

2.2: **Beratung:**

2.3: **Beschluss:**

Der Bürgermeister verliest: Der Stadt Neckargemünd liegt ein Kaufangebot für das Grundstück Flst. Nr. 739/1, Grünstreifen zwischen der Straße „Ziegelhütte“ und dem Neckar vor.

Auf die Frage, ob sich die Gemeinderäte eine Bebauung an dieser Stelle vorstellen können, ergibt sich in der Abstimmung mit 4 Ja-Stimmen, 4 Enthaltungen und 19 Nein-Stimmen, dass der Gemeinderat sich eine Bebauung an dieser Stelle nicht vorstellen kann. Begründung: Lage im Hochwassergebiet, Zubauen des Zugangs an den Neckar, verkehrliche Bedenken. Der Bürgermeister wird beauftragt, dem Kaufinteressenten dieses Ergebnis mitzuteilen.

3: **Verpflichtung von Stadtrat Karlheinz Streib**

3.1: **Sachvortrag:**

Der Bürgermeister verpflichtet Stadtrat KH Streib, der für die vorherige konstituierende Sitzung entschuldigt war, mit Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Amtspflichten. Dabei tritt Stadtrat Streib vor und spricht die Verpflichtungsformel

„Ich gelobe während meines Amtes als Stadtrat der Stadt Neckargemünd Treue der Verfassung, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten. Insbesondere gelobe ich, die Rechte der Stadt gewissenhaft zu wahren und ihr Wohl und das ihrer Einwohner nach Kräften zu fördern.

So wahr mir Gott helfe (oder:“ Auf Ehre und Gewissen“)

und unterzeichnet seine Verpflichtungsurkunde.

3.2: **Beratung:**

-

3.3: **Beschluss:**

Der Bürgermeister verpflichtet Stadtrat Streib für die neue Amtszeit.

4: **Gutachterausschuss – Beschlussfassungen zu:**

4.1: **Rücknahme der Übertragung der Funktion des Gutachterausschusses Neckargemünd an den Gemeindeverwaltungsverband Neckargemünd**

4.2.: **Übertragung des Gutachterausschusses Neckargemünd an den Gutachterausschuss der Stadt Sinsheim**

4.3: **Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung**

4.4. **Beschluss einer Erstreckungssatzung**

Die vier Einzelthemen werden als Gesamtheit behandelt.

4.1.: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 – Öffentlichkeitsarbeit/Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Der Bürgermeister erläutert die Historie der Bemühungen um eine

Zusammenfassung und Neusortierung der Gutachterausschüsse in der Region, die schon 2015 begonnen hatte, und nun durch die neue Gutachterausschuss-Verordnung ermöglicht wurde. Wie dieser Zusammenschluss mit der geschäftsführenden Stelle Sinsheim künftig aussehen solle, verdeutlicht er anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt wird.

4.2: **Beratung:**

Stadtrat Rehberger führt aus, vom Grundsatz her seien die Freien Wähler für den Zusammenschluss, denn bei der Stadtverwaltung Neckargemünd habe es in der Vergangenheit immer wieder personelle Ausfälle gegeben. Dies werde in Zukunft dann nicht mehr vorkommen. Schade, dass die räumliche Nähe nicht mehr gegeben sei, aber mit dem Verlust der Zulassungsstelle habe man beispielsweise auch lernen gelernt. Die Freien Wähler interessieren insbesondere, wie der künftig einzige Vertreter Neckargemünds in den Sinsheimer Gutachterausschuss gewählt werde. Diese Frage wurde auch von allen späteren Rednern thematisiert. Der Bürgermeister antwortet, der Vertreter werde durch den Gemeinderat gewählt. Die Stadt werde einen entsprechenden Vorschlag in nichtöffentlicher Sitzung machen, der sich aus den Gesprächen mit der bisherigen Vorsitzenden des Neckargemünder Gutachterausschusses, Frau Silke Klein, ergeben habe. Eine qualitativ hochwertige Besetzung werde benötigt, und Frau Klein habe bereits eine entsprechende Empfehlung ausgesprochen.

Stadträtin Groesser signalisiert, auch die Grünen stehen hinter diesem Vorhaben. Auf ihren Wunsch erklärt der Bürgermeister die Mischkalkulation bei der Kostenaufteilung der künftigen Mitgliedsgemeinden: 60 % der Kosten werden nach Fläche, 40 % der Kosten nach Einwohnerzahl abgerechnet.

Stadträtin von Reumont trägt vor, die CDU sehe die Entwicklung zu einem größeren Zusammenschluss als logisch an, denn um die geforderten Größenordnungen an Grundstücksverkäufen zu erreichen, gebe es keine andere Lösung. Sie überlegt, ob es vorteilhaft sein könnte, die Übergangsfrist bis 2024 zu nutzen, anstatt die Aufgabe zum Jahresende 2019 zu übertragen. Der Bürgermeister antwortet, Grund für diese Übergangsfrist sei, dass noch bis 2024 die Grundsteuer auf der alten Grundlage erhoben werden könne. Es werde jedoch sinnvoller sein, möglichst bald exakte und fundierte Zahlen nutzen zu können. Positiv am Zusammenschluss werde auch sein, dass sich die Kosten für die Stadt voraussichtlich nicht erhöhen werden.

Diesen letzten Satz empfindet Stadtrat Schimpf als besonders wichtig. Er führt für die SPD aus, dass man sich Verbesserungen durch mehr Personal erhoffe, und erinnert wie schon Stadtrat Rehberger an die personellen Ausfälle bei der Stadt. Es habe sich gezeigt, dass die Praxis, bei der andere städtische Mitarbeiter die Aufgaben des Gutachterausschusses „nebenher“ versehen mussten, für die Bürgerschaft keine gute Lösung war. Auch werde der größere Rahmen eine größere Vergleichbarkeit ermöglichen.

Stadtrat La Licata stimmt dem Übertragungsvorhaben dem Grunde nach auch zu. Er macht sich allerdings Sorgen, dass bei nur einem einzigen Neckargemünder Vertreter die örtlichen Gegebenheiten nicht angemessen berücksichtigt werden könnten;

Neckargemünd solle in Zukunft weiterhin Einfluss auf den Gutachterausschuss behalten. Auch empfindet er es als nicht zielführend, dass der Ausschuss künftig durch wirtschaftsnahe Gutachter besetzt werden solle, nicht durch politische Vertreter. Der Bürgermeister antwortet, er sehe Neutralität und gerechte Preise als gewährleistet an; schließlich sei auch das Finanzamt beteiligt, und die Ausschussbesetzung müsse qualitativ hochwertig sein. Er verstehe die Bedenken des Stadtrats, teile sie aber nicht.

Stadtrat Dr. Rothe fragt, ob die hauptamtlichen Gutachter vereidigt seien. Dies bejaht der Bürgermeister.

Stadtrat Wagner möchte wissen, in welchen zeitlichen Rhythmen die Gutachter gewählt werden. Der Bürgermeister sagt zu, sich diesbezüglich zu erkundigen und die Antwort an die Stadträte nachzuliefern.

4.3: **Beschluss:**

1. Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Aufhebung der Übertragung der Tätigkeit des Gutachterausschusses an den Gemeindeverwaltungsverband Neckargemünd zum 31.12.2019.
2. Der Übertragung der Aufgaben des Gutachterausschusses der Stadt Neckargemünd auf die Stadt Sinsheim sowie der Bildung eines gemeinsamen Gutachterausschusses bei der Stadt Sinsheim wird einstimmig, vorbehaltlich der notwendigen Beschlüsse der Verbandsversammlung des Gemeindeverwaltungsverbandes Neckargemünd, zugestimmt.
3. Der Gemeinderat stimmt einstimmig, bei 1 Enthaltung, der als Anlage beigefügten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zu.
4. Der Gemeinderat stimmt einstimmig der als Anlage beigefügten Erstreckungssatzung zu.

Der folgende Tagesordnungspunkt

5: **Freibadsanierung: Auftragsvergabe Filter**

wurde am heutigen Vormittag vom Bürgermeister von der Tagesordnung genommen (per entsprechender E-Mail wurden die Stadträte verständigt), da bis dahin vergeblich auf ein entsprechendes Angebot gewartet worden war.

Stadtrat Bergsträsser möchte wissen, ob es zeitliche Probleme mit der Sanierung geben werde, wenn sie erst in der nächsten Gemeinderatssitzung behandelt werden kann. Dies verneint der Bürgermeister. Die Zeit zum Sanieren müsste dennoch reichen, bevor die nächste Badesaison beginnt.

6: **Abteilungsversammlung der Freiwilligen Feuerwehr Abt. Mückenloch,
Wahl des Abteilungskommandanten und seines Stellvertreters
Hier: Zustimmung des Gemeinderates**

6.1.: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 4 - Bürgerdienste, Ordnung, Sicherheit ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Stadtrat und Ortsvorsteher Bergsträsser erklärt, bei der Hauptversammlung habe es einen kleinen formellen Fehler gegeben. Daher habe die Wahl wiederholt werden müssen, was nun zu einer gewissen zeitlichen Verzögerung bei der Behandlung im Gemeinderat geführt habe. Aber auch die zweite Wahl habe das gleiche Ergebnis gehabt wie die erste. Der Bürgermeister lobt die hervorragende Arbeit der Mückenlocher Wehr.

6.2: **Beratung:**

Es gibt keine Wortmeldungen.

6.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt einstimmig der Wahl von Pierre Wallstab zum Abteilungskommandanten und von Thomas Schippl zum stellvertretenden Abteilungskommandanten der Feuerwehr Neckargemünd – Abteilung Mückenloch - zu.

Vor Aufruf des nächsten TOPs verlassen die Aufsichtsräte der Stadtwerke (Bürgermeister Volk, Stadträte Rehberger, Groesser, Oppelt, Hertel) wegen Befangenheit den Sitzungsbereich und nehmen im Zuschauerraum Platz. Der stellv. Bürgermeister **Katzenstein** übernimmt den Vorsitz.

7: **Übernahme einer Rückbürgschaft gegenüber der Stadtwerke Heidelberg GmbH**

7.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 3 – Finanzen ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Herr Möhrle erläutert die Vorlage.

7.2: **Beratung:**

Stadtrat La Licata fragt nach den Folgen für die Stadt, wenn sie die Bürgschaft nicht übernehmen würde. Herr Möhrle antwortet, die Stadt sei ihren Stadtwerken gegenüber in der Pflicht und trage entsprechend Verantwortung. Wenn Neckargemünd keine Rückbürgschaft gebe, haften die Stadtwerke Neckargemünd allein gegenüber der Bank.

Stellv. Bürgermeister Katzenstein möchte wissen, ob der Stadt ein Nachteil durch die Gewährung der Rückbürgschaft entsteht. Herr Möhrle antwortet, ein Nachteil entstehe nur dann, wenn die Stadtwerke das Darlehen nicht mehr bedienen.

Stadtrat Fritsch weist darauf hin, dass die Rechtsaufsichtsbehörde die Rückbürgschaft genehmigen müsse. Könne es sein, dass die Rechtsaufsichtsbehörde die Genehmigung versagt, oder wurde vorab mit der Behörde über den Vorgang gesprochen? Wie seien die Erfahrungswerte der Verwaltung bisher? Herr Möhrle antwortet, dass die Rechtsaufsichtsbehörde jeden Einzelfall prüfe, ob die Stadt entsprechend leistungsfähig sein würde, wenn sie in Anspruch genommen werde. Bisher habe es diesbezüglich keine Probleme gegeben.

Stadtrat Wagner hakt nach, ob es sich bei der Rückbürgschaft im Prinzip um eine formale Angelegenheit handle, die schon öfters ähnlich stattgefunden habe. Dies wird von stellv. Bürgermeister Katzenstein bejaht.

Stadtrat Dr. Rothe sieht es als Zeichen einer guten und fairen Kaufmannschaft, dass die Stadt nicht nur die Vorteile durch die Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Neckargemünd und Heidelberg abgreift, sondern dass man auch die Risiken gemeinsam trägt.

7.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, für das von der Stadtwerke Neckargemünd GmbH bei der Volksbank Neckartal eG aufgenommene Darlehen über 1.600.000,00 EUR eine Rückbürgschaft (befristet bis 31.07.2029) gegenüber der Stadtwerke Heidelberg GmbH in Höhe von 45,04 % somit zum Zeitpunkt der Kreditaufnahme für 720.640,00 EUR, zu übernehmen.

Anschließend kehren die og. Aufsichtsräte wieder an den Sitzungstisch zurück, Bürgermeister Volk übernimmt wieder den Vorsitz.

8: **Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen**

8.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 3 – Finanzen ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Der Bürgermeister hebt die Spendenbereitschaft der Bevölkerung lobend hervor.

8.2: **Beratung:**

Stadtrat Rehberger möchte wissen, wer sich hinter den „diversen Spenden“ für das Museum verbirgt. Der Bürgermeister antwortet, es handle sich um eine dort aufgestellte Spendendose.

Stadtrat Keller dankt den Spendern; ohne ihre Hilfe würde es den Vereinen schlechter gehen.

Stadträtin Groesser weist darauf hin, dass es sich nicht nur um Vereinsspenden, sondern auch um Spenden für verschiedene Institutionen, soziale Einrichtungen und bedürftige Bürger handle.

8.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt die in der Anlage aufgeführten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen einstimmig an bzw. beschließt über deren Vermittlung.

9: **Beschluss einer Gemeinderatsresolution zum kostenfreien Kindergarten**

9.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 – Öffentlichkeitsarbeit/Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Der Bürgermeister schlägt den Fraktionen vor, falls es noch größeren Änderungs- oder Abstimmungsbedarf gebe, mögen sich die Fraktionen untereinander verständigen, damit dann eine möglichst einstimmig verabschiedete Resolution gefasst wird.

9.2: **Beratung:**

Stadtrat Rehberger erläutert seinen Entwurf. Immer, wenn Gebührenerhöhungen im Kindergartenbereich anstanden, habe der Gemeinderat „mit der Faust in der Tasche“ zustimmen müssen und den Vorschlag der Verwaltung akzeptieren, obwohl sich alle Fraktionen eigentlich einen kostenfreien Kindergarten wünschten. Diesen könne die Stadt allerdings nicht finanzieren. Daher hätten die Freien Wähler die Idee zu einer Resolution entwickelt, mit der die Landesregierung wachgerüttelt und die Gemeinden der Region zum Anschließen bewegt werden sollten. Er habe seinen Entwurf nicht mit den anderen Fraktionen abgesprochen und sei offen für Änderungswünsche.

Stadträtin Groesser führt aus, grundsätzlich wolle man auch den kostenfreien Kindergarten, aber benötige dazu das Land und den Bund; müsse die Angelegenheit also in größerem Rahmen sehen. In der Fraktion hätte es keine einhellige Meinung gegeben. Die Fraktion spreche sich dafür aus, nochmals über den Text zu gehen.

Stadträtin von Reumont betont, auch die CDU wolle grundsätzlich Beitragsfreiheit für die Kinderbetreuung, aber bezüglich des „wie“ solle man sich nochmals zusammensetzen.

Stadtrat Schimpf erläutert, die SPD sei mit dem Entwurf in seiner Zielrichtung einverstanden; bei den Formulierungen könne man ggf. noch Kleinigkeiten ändern. Insgesamt sei die SPD sehr interessiert daran, Druck bei der Landesregierung aufzubauen.

Stadtrat La Licata spricht sich für kostenfreie Bildung aus, und betont ebenfalls, die Kommunen sollten bei der Landesregierung Druck aufbauen. Mit der Resolution in der vorliegenden Form sei er einverstanden.

9.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt, dass alle Fraktionen, Stadtrat La Licata und der Bürgermeister sich bezüglich der Resolution „Kostenfreier Kindergarten“ zunächst zu einer Besprechung zusammensetzen sollen, um die Form und Formulierungen abzustimmen. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, einen Terminvorschlag zu machen und zu

der Besprechung einzuladen. Als Teilnehmer benennt die SPD Stadtrat Hertel, die Freien Wähler Stadtrat Rehberger, die CDU Stadträtin von Reumont, die Grünen liefern ihre/n Teilnehmer/in noch nach.

10. Wahl von Mitgliedern und Stellvertretern der gemeinderätlichen Ausschüsse

10.1: Sachvortrag:

Die Vorlage des FB 1 - Öffentlichkeitsarbeit/Gremien ist dem Originalprotokoll als Anlage beigelegt.

10.2: Beratung:

Stadträtin von Reumont benennt für die CDU-Fraktion als sachkundige Bürgerin für den Partnerschaftsausschuss Frau Isabelle Pittmann. Die anderen noch offenen Ausschuss-Besetzungen wurden der Verwaltung bereits vor der Sitzung gemeldet. Das Gremium beschließt, im Wege der Einigung den Vorschlägen der Fraktionen und von Stadtrat La Licata zu folgen und in offener Wahl die noch offenen Plätze zu besetzen.

10.3: Beschluss:

Im Wege der Einigung wählt der Gemeinderat durch offene Akklamation einstimmig folgende Personen auf die in der konstituierenden Sitzung am 23.07.2019 noch nicht besetzten Ausschuss-Sitze:

Ausschuss	Partei/ Gremium	Funktion	Name
Ausschuss für Bau, Umwelt Verkehr	Linke	Stellv. Mitglied	Anja Lorenz Heidelberger Str. 54b
	Grüne	4. Mitglied	StR Petra Groesser
	Grüne	Deren Stellvertreter	StR Hermann Katzenstein
	Weitere Änderung	(3. Mitglied) Dessen Stellvertreterin:	(Thomas Schmitz) StR Petra Groesser StR Dr. Nele Welter
Partnerschaftsausschuss	Linke	Stellv. Mitglied	Malte Kuchenmeister Waldstr. 13
	CDU	Zweite/r sachkundige/r Bürger/in *	Isabelle Pittmann Konrad-von-Dürn-Str. 16
	Linke	sachkundige/r Bürger/in (auf Wunsch, ist keine Pflicht)	
Ausschuss zur Regelung von Streitigkeiten	Ortschaftsrat Dilsberg	Mitglied Freie Wähler	OR in Ingrid Schmitt
	Dto.	Mitglied CDU	ORin Monika Nohe-Weinert
	Dto.	Mitglied SPD	ORin Anna-Magdalena Oehne-Marquard
	Ortschaftsrat Mückenloch	Mitglied SPD	ORin Ellen Wirthmüller-Wagner

	Dto.	Mitglied Freie Wähler	OR Willi Wallstab
	Dto.	Mitglied CDU	OR Walter Kirchner
	Ortschaftsrat Waldhilsbach	Mitglied CDU	OR Markus Meyer
	Dto.	Mitglied SPD	ORin Britta Rupp

11. **Mitteilungen und Anfragen**

11.1: **Besucherzahlen Schwimmbadsaison 2019**

Der Bürgermeister berichtet, es sei ein „normales Jahr“ mit einer Besucherzahl von ca. 120.000 gewesen. Im letzten Jahr habe man durch den sehr heißen Sommer 152.000 Besucher verzeichnen können. Insgesamt liegen die Einnahmen auf Vorjahresniveau; die geringere Besucherzahl gleiche sich durch die Preiserhöhungen aus, das Defizit sei also nicht größer als im Vorjahr.

11.2: **Prioritätenliste**

Stadträtin Groesser erinnert, der Bürgermeister habe zu Beginn seiner Amtszeit die Fraktionen gebeten, eine Liste der Prioritäten für die notwendigen Maßnahmen zu legen, die dann gemeinsam besprochen werden sollen. Dies solle noch vor Ende der Amtszeit geschehen.

11.3: **Pflegevertrag für Streuobstwiesen**

Stadträtin Groesser möchte wissen, ob für die Streuobstwiesen, die als Ausgleichsmaßnahmen entstanden seien, ein zeitlich begrenzter Pflegevertrag abgeschlossen worden sei. Man solle an die Zukunft denken und den Vertrag rechtzeitig verlängern.

11.4: **Förderung PV-Anlagen**

Stadtrat Schimpf berichtet, ein Dilsberger Hauseigentümer habe sich bei ihm gemeldet, der eine Photovoltaikanlage auf sein Hausdach aufgebracht habe. Er habe sich erkundigt, ob die Stadt mehr Werbung für Photovoltaik machen könne, und stelle sich den Klimaschutzmanagerinnen gerne als Interviewpartner zur Verfügung. Der Bürgermeister antwortet, am 8. Oktober finde in Gaiberg die Auftaktveranstaltung zur einer mehrmonatigen PV-Initiative statt, außerdem wollten die Stadtwerke wieder mit ihre Südlagen-Förderung in die Werbung gehen.

Stadtrat Katzenstein bemängelt, dass aufgrund der Altstadtsatzung PV-Anlagen in der Altstadt nicht möglich sind.

11.5: **Ergebnisse der Verkehrszählung im Gemeinderat**

Stadtrat Schimpf erinnert an die Verkehrszählung im Spätjahr des letzten Jahres. Es habe noch keinen Termin zur Besprechung im Gemeinderat gegeben. Der Bürgermeister erläutert, die Stadtverwaltung habe schon zwei Termine in Planung gehabt, die jedesmal vom Planungsbüro abgesagt werden mussten.

- 11.6: **Solarpark auf der ehem. Mülldeponie Mückenloch**
 Stadtrat und Ortsvorsteher Bergsträsser fragt nach dem Sachstand. Der **Bürgermeister** erläutert, in der letzten Woche habe er ein Gespräch mit dem zuständigen Dezerentn des Landratsamtes geführt. Dieser halte es für möglich, dass der Solarpark eingerichtet werden kann. Auch mit den Stadtwerken sei der Bürgermeister im Dialog. Demnächst werde ein weiteres Gespräch stattfinden. Ortsvorsteher Bergsträsser bittet darum, an diesem Gespräch teilnehmen zu können. Dies wird vom Bürgermeister bejaht.
- 11.7 **Markisen auf Gebäude Hauptstraße**
Stadtrat Bergsträsser kritisiert, dass der Bauausschuss vor einigen Monaten die Anbringung von Markisen an einem Gebäude in der Hauptstraße nicht genehmigt habe. Dennoch seien die Markisen angebracht worden und immer noch vorhanden. Der Bürgermeister sagt zu, die Anfrage an den zuständigen Fachbereich weiterzugeben.
- 11.8: **Zweiter Fährmann auf der Fähre Neckarhäuserhof**
 Stadtrat und Ortsvorsteher Bergsträsser fragt nach dem Sachstand. Der Bürgermeister erläutert, derzeit werde der Vertrag ausgefertigt. Der zweite Fährmann, Herr Rak, habe in der vergangenen Woche seine praktische Fährprüfung bestanden und leiste zurzeit noch als Angestellter von Herrn Seibert Dienst auf der Fähre. Sobald der Vertrag unterschrieben sei, trete Herr Rak als zweiter Fährmann in den Pachtvertrag ein. Ortsvorsteher Bergsträsser kritisiert, dass sich die Fährzeiten geändert haben, insbesondere am Sonntag erst später gefahren werde, ohne dass der Ortschaftsrat und der Gemeinderat darüber informiert gewesen seien. Der Bürgermeister antwortet, er werde diese Frage in die Gespräche zum Vertragsabschluss mitnehmen.
- 11.9 **Schlaglöcher auf den öffentlichen Straßen**
 Stadtrat und Ortsvorsteher Bergsträsser erinnert, dass der Winter bevorsteht, und bestehende Schlaglöcher dann noch schlimmer werden. Insbesondere in Mückenloch sei der Straßenzustand nicht gut. Der Bürgermeister antwortet, es gebe eine Prioritätenliste, die der Bauhof nach und nach abarbeite.
- 11.10: **Kehrmaschine**
Stadtrat und Ortsvorsteher Bergsträsser bringt vor, diese Woche sei in der Zeitung thematisiert worden, dass die Kehrmaschine der Stadt Neckargemünd bereits kurz nach dem Kauf schon in der Werkstatt sei und ein Ersatzgerät im Einsatz. Außerdem spricht er die Reinigung der Regenrinnen an. Der Bürgermeister antwortet, es habe ihn geärgert, dass die Zeitung das Thema so groß aufgezo-gen habe. Die Straßen seien noch nie so sauber gewesen wie jetzt. Bezüglich der Regenrinnen müsse man eine Lösung dafür finden, dass die eingesetzte Drahtbürste so stark ist, dass zum Teil der Fugenmörtel mit erfasst wird.
Stadtrat Wachert rät dazu, eine Garantieverlängerung für die Kehrmaschine zu prüfen.

11.11: Termine für die Parkraumkommission und die Friedhofskommission

Stadtrat und Ortsvorsteher Bergsträsser mahnt Gesprächstermine an. Der Bürgermeister antwortet, dass für die Parkraumkommission bereits ein Termin gefunden sei, der demnächst an die Stadträte geschickt werde. Insgesamt sei die gesamte Verwaltung derzeit massiv mit dem Haushalt beschäftigt, der zum ersten Mal nach dem NKHR geführt werde und dadurch zusätzlichen Aufwand bedinge. Gerade bei der Friedhofskommission seien drei Fachbereiche beteiligt, man werde sich bemühen, dennoch zeitnah einen Termin zu finden.

11.12: Anbindung des Gewerbegebietes Dilsberger Straße an schnelles Internet

Stadtrat Katzenstein fragt nach dem Sachstand. Der Bürgermeister antwortet, durch eine Anfrage bei fibernet baue er zurzeit Druck auf die Telekom auf. Der Stadt liege eine Zusage von fibernet vor, dass man bereits im 1. Quartal 2020 in die Auftragsvergabe kommen könne.

11.13: Wildschäden in Kleingemünd

Stadtrat Fritsch thematisiert die Wildschäden, insbesondere in der Nähe zum Naturschutzgebiet. Die Parzellenbetreiber könnten aufgrund der massiven Umwühlungen gar nicht mehr mit normalen PKWs ihre Grundstücke anfahren. Er schlägt vor, die Stadt solle sich mit der unteren Jagdbehörde ins Benehmen setzen und sich zeitnah die Schäden vor Ort ansehen. Auch die Einführung eines Stadtjägers sei zu empfehlen. Auf jeden Fall müsse dringend etwas getan werden. Der Bürgermeister antwortet, Dr. Aly habe versprochen, dass sich das Regierungspräsidium um die Pflege kümmert, passiert sei allerdings nichts. In den ungepflegten Brombeerbüschen gebe es ideale Verstecke für die Wildschweine. Die Untere Jagdbehörde habe nichts mit der Wildschweinplage zu tun, auch die Jäger könnten wenig ausrichten. Letztere könnten im Naturschutzgebiet nur sehr schlecht zum Schuss kommen, da dort zu viele Radfahrer und Jogger unterwegs seien.

11.14: Sachstand Öffnung der Neckarriedkopfhütte

Stadtrat Wagner erkundigt sich, wann die Hütte geöffnet werde. Der Bürgermeister antwortet, die Hütte sei fertig, es fehle jedoch noch eine Genehmigung.

11.15: Geschwindigkeitsmesser im Wiesenbacher Tal:

Stadtrat Rupp mahnt die Aufstellung an.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen
Stadtrat Wachert

Die Schriftführerin

Stadtrat Katzenstein